

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellschild vierteljährlich 2050 M., monatl. 600 M. Bei Postbezug viertelj. 1860 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Streifband monatl. 150 M. deutsch. — Einzelnummer 40 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Hennruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonialzeile 80 M., für die 90 mm breite Reklamezeile 250 M. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 15 bzw. 60 deutsche M. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Differenz- und Auslastungsgebühr 200 M. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewohnheit übernommen. Postlestellosten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 219.

Bromberg, Donnerstag den 19. Oktober 1922.

46. Jahrg.

Eine Verteidigungsrede Lloyd Georges.

Auflage gegen Frankreich.

In einer in Manchester gehaltenen Rede führte Lloyd George u. a. folgendes aus:

Die englische Regierung habe dreierlei mit ihrer Haltung in der Orientfrage beweckt: Die Freiheit der Meere nenne für den Handel aller Nationen zu sichern, zu verhindern, daß der Krieg nach Europa übergreife und daß in Konstantinopel und Thrasien sich das schreckliche Schauspiel wiederhole, das Kleinasiens während der letzten sieben Jahre gebohne habe. Die Meerengen seien die einzige Panamasstraße zum Schwarzen Meer, wo in der Kriegszeit Rohstoffe und Lebensmittel im Überfluss vorhanden gewesen seien. Ein Drittel des Handels sei dort stets durch britische Schiffe vermittelt worden. Die britische Regierung könnte die Dardanellen nicht sperren lassen, ohne den größten und wichtigsten Siegespreis aus den Händen zu geben den England im Weltkrieg gegenüber der Türkei davongetragen habe. Wenn die Türken den Bosporus überstießen hätten, wer hätte sie verhindern sollen, sich in Westthrakien und vielleicht in Saloniki festzusehen? Das hätte Krieg bedeutet.

Nachdem Lloyd George sich in seiner spöttischen Art mit den gegen ihn gerichteten Angriffen auseinandergesetzt hatte, hob er hervor, daß nach der übereinstimmenden Ansicht der militärischen Rate beider Ufer der Engen gehalten werden müssten. Wäre England bestanden hinter Frankreich hergegangen, dann hätten die Kemalisten Tschanaq besiegt und bald die Meerengen überschritten, und man wisse, was der Versuch, die Türken wieder heranzubringen, bereits einmal getroffen habe. Erst vor einigen Wochen erhielten wir eine Mitteilung von der französischen Regierung, daß, wenn die Griechen oder Türken in die neutrale Zone eindringen, diese mit bewaffneter Gewalt von den Alliierten entgegengestellt werden müsse. Wir haben dem zustimmt. Wir glaubten, Frankreich meinte es ehrlich. Wie könnten wir denken, daß das nur für eine Partei gelten sollte? Auch die Generale waren daran und von den verschiedenen alliierten Generälen wurden Truppen entsandt, die dann wieder zurückgerufen werden mußten.

Unter Bestall erklärte Lloyd George weiter, es sei jetzt nicht nur ein unblutiger Frieden gesichert, sondern ein Frieden, dessen sich Großbritannien keineswegs zu schämen brauche. Er habe seine jetzige Stellung nicht gefasst. Vor drei Jahren sei er bestrebt gewesen, zurückzutreten. Er habe Bonar Law gebeten, die Regierung zu übernehmen. Dieser habe abgelehnt. Anfangs dieses Jahres habe er Chamberlain vorausgeschlagen, daß er als Führer der Mehrheitspartei das Amt annehme und habe ihm jede Unterstützung angesagt, falls die Regierungspolitik eine Politik des Friedenswillens sei und keine rücksichtliche Gesellschaftsverfolgung, wenn der Vertrag mit Irland durchgeführt werde. Er würde die Befreiung von seinem Amt bestrafen; rein menschlich sei es befriedigend, einmal aufzuhören und zu sehen, wie andere arbeiten. Die Welt habe sich von den tiefen Kriegswunden noch nicht erholt. Die Erholung werde nur langsam vorstatten gehen. Die nächste Aufgabe der Staatskunst sei jetzt die „Pazifizierung“ der Nation. Er werde mit aller seiner Macht jede Revolution unterstützen, die sich dieser Aufgabe durchlos und entschlossen widme, vorangetrieben, daß sie nicht dem Lande schädliche Maßnahmen ergreift, mögen sie rückwärtig oder umstritten sein. Seine Regierung, die schädlichen Maßnahmen ergreift, mögen sie rückwärtig oder umstritten sein. Seine Regierung, die diesen Weg nicht verfolge, werde er mit aller seiner Macht entgegentreten. Die Lage Englands und der Welt sei an ernst, als daß irgendeine Regierung sich auf Partei- oder persönliche Manöver einzulassen könne. Wenn er infolge der Stellung, die er übernommen habe und in der er beharrten beabsichtigte, als Dank in die Wildnis getrieben werde, so werde er stets mit Stolz daran denken, daß es ihm möglich gewesen sei, mit der Unterstützung der übrigen Minister in einer geschicklichen Saisonszeit der britischen Nation keine schlechten Dienste geleistet zu haben. Er werde stolzer als je auf die Tatsache sein, und wenn dies der letzte Tag wäre, an dem er sein Amt inne habe, daß es wenigen sei, die Macht des großen britischen Reiches anzurufen, um es vor unbeschreiblichen Schrecken zu beschützen und daß tausende von Männern, Frauen und Kindern, die auf das verständete Wort Frankreichs, Italiens und Großbritanniens vertrauen, jetzt Gott danken, daß Großbritannien die Treue gehalten habe.

*

Französische Kritik.

Die französische Presse kritisiert scharf die Rede, die Lloyd George in Manchester hielt. Vor vier Jahren rief Lloyd George die öffentliche Meinung gegen die Deutschen auf, heute ruft er gegen die Türken auf, ja sogar gegen die Franzosen und Italiener. Also in diesem Europa, das eigentlich Ruhe haben will, treten die Stürme auf. Selbst wenn es sich nur um eine Erklärung im Interesse der Wahlen handle, könnten derartige Worte Brandstiftungen hervorrufen.

Der „Tempo“ ist der Ansicht, jetzt, nachdem die englischen Verstärkungen und Kanonen nach Tschanaq gekommen sind und nachdem die Abmachungen von Mudania die Türken awingen, das asiatische Ufer der Meerengen zu räumen, ohne daß den Engländern dieselben Verpflichtungen auferlegt werden, andere Lloyd George die Tonart. Er verleiht Frankreich und Italien und gehe sogar so weit, zu erklären, die Franzosen seien im letzten Jahre von dem türkischen Heere in Cilicia geschlagen und gezwungen worden, diese Provinz zu räumen. Nein, so ruft der „Tempo“ aus, die Franzosen wichen nicht der Gewalt in Cilicia. Ihre Front war dort nie größer und stärker, als heute die französische Front in Tschanaq. Lloyd George peilt die englische Folk auf, damit es die türkischen Erfolge an den Meerengen missbillige. Das sei eine Handlungswise, die unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Türkei und den Leidensinteressen Russlands sei. Er wolle, daß auf der zukünftigen Friedenskonferenz England mit vollem Händen als Herr der Dardanellen auftrete, wie

es schon Herr von Gibraltar und Suez sei; aber man könne nicht ungestraft Imperialismus betreiben, das werde Lloyd George erfahren. Auch „Journal des Débats“ mischt die Rede und erklärt, es bedauere die Rede, die die Meinungsverschiedenheiten verstärke, während England und Frankreich ein gewisses Interesse daran hätten, was ebenfalls auch im Interesse ihres gemeinsamen Freunds sei, sich zu verständigen. „Wir haben“, so schreibt das Blatt, „niemals beweisen, daß Lloyd George stark genug ist, um viel Übles zu verursachen.“

Das Echo in der englischen Presse.

„Daily Express“ schreibt: Die Rede Lloyd Georges sei vom internationalen Gesichtspunkte aus gesehen äußerst ungünstig. Lloyd George leite eine Ära des Wohlwollens mit einem Angriff auf die Türkei und einer Kritik Frankreichs, die Poincaré zu einer öffentlichen Antwort zwingen werde, ein. Die „Times“ sagt, die Rede Lloyd Georges werde in weiteren Kreisen zu mindest Enttäuschung hervorrufen. In den nächsten Tagen oder gar Stunden könne es sich entscheiden, ob eine Kabinettsskize und sofortige Auflösung des Parlaments bevorstehen. Das Arbeitersitz „Daily Herald“ bemerkt: Die Rede enthüllt eine Tatsache, daß nämlich Lloyd George sein Amt niederlegen werde. „Observer“ ist der Ansicht, die Rede sei ein Appell an die Liberalen und will daraus ersehen, daß Lloyd George den Standpunkt vertrete, Großbritannien könne nicht hoffen, sein Reich im Osten ohne endgültige Versöhnung mit seinen moschmedanischen Völkern zu behaupten. Man müsse aufhören, von den Türken als von moralischen Verbündeten zu sprechen. England könne im Osten nie eine dauernde Regelung erzielen, wenn es nicht auf der Grundlage voller politischer Anerkennung endgültig entweder ein Freund Russlands oder der Türkei oder beider werde. — Garvin, der im „Observer“ das Koalitionssystem verwirft, schreibt, Lloyd George würde, wenn er unabhängig hätte handeln können, eine völlige Regelung mit Russland auf der Grundlage voller politischer Anerkennung getroffen haben. Diese Regelung sei jedoch verhindert worden durch Churchill und die konservativen Führer. Andererseits würde ein unionistischer Premierminister an der Spitze einer unionistischen Mehrheit sich zweifellos sowohl mit der Türkei als auch mit Frankreich geeinigt haben. Diese Regelung wurde jedoch in der Hauptfrage durch Lloyd George verhindert. Nicht eine Stelle auf der Weltkarte sei vorhanden, wo England seine Außenpolitik erfolgreich nennen könne. — Der politische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, es sei zu erwarten, daß das Parlament unverzüglich aufgelöst werden wird und daß Anfang November Neuwahlen stattfinden. Die Ansicht sei weit verbreitet, daß Lloyd Georges Rede seinen Rücktritt in den nächsten Tagen andeutet. Die Unionisten würden den Rücktritt lebhaft begrüßen.

Wachet auf! ruft euch die Stimme
Des Wächters von der hohen Zinne,
Wacht, Deutsche, auf im Polenland!
Die ihr an der Neße hauset
Und wo durchs Tal die Weichsel brauset
Und wo uns grüßt der Warthe Strand.

Zeigt euch der Vater wert,
Scheucht von der Heimat Herd
Die Hyänen*

Die 16 sei

das Feldgeschrei
der deutschen Minderheitspartei!

* — Chi-jo-na (Block der deutschfeindlichsten Parteien Polens).

Strafen für Wahlvergehen.

Wer mit Anwendung von Gewalt oder Drohungen einem polnischen Wähler die Ausübung seines Wahlrechts oder die Abstimmung unmöglich macht, unterliegt nach der Wahlordnung einer Strafe von mindestens sechs Monaten Gefängnis oder einer Festungshaft bis zu fünf Jahren.

Wer absichtlich ein falsches Ergebnis der Wahlen herbeiführt oder aber das Wahlergebnis fälscht, unterliegt einer Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu drei Jahren. Wenn sich der Fälschung eine Person schuldig macht, die zum Einsammeln der Karten usw. oder aber auch zur Ausübung einer anderen Tätigkeit bei der Ausübung der Wahlen nicht berechtigt war, so unterliegt sie einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren, wobei gleichzeitig auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Wer öffentlich die Stimme eines Wählers kauft oder verkauft, unterliegt einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren. Auch hierbei kann auf Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Ein Beamter, der seine Stellung zu unerlaubten politischen Agitationen missbraucht, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

Danziger Börse am 18. Oktober

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 27 1/2

Dollar 2860

Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Wer einen Wähler an der freien Wahl eines Sejmabgeordneten verhindert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Falls aber ein Beamter sich dieses Vergehens schuldig macht, so unterliegt er einer Gefängnisstrafe von einem bis zu drei Jahren.

Wer einen Wähler an der freien Ausübung seines Wahlrechts verhindert, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Derselben Strafe unterliegt auch ein Wähler, dem Bestechung nachgewiesen wird.

Behinderungen von Vorwahlversammlungen unter Anwendung von Gewalt und Drohungen, Beschädigungen der Wahllokale usw. werden mit Gefängnis von einem bis zu drei Jahren bestraft; falls die Verübung jedoch bewaffnet waren, so kann auf eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Jahren erkannt werden.

Für Fälschungen von Wahlunterlagen ist eine Strafe von ein bis zu drei Jahren Gefängnis vorgesehen.

Die Mission Herriots.

London, 16. Oktober. Die Anzeichen für eine Annäherung Frankreichs an Russland mehren sich. Neuerdings weist der Korrespondent der „Chicago Tribune“ aus Moskau von einem Depeschenwechsel zwischen Poincaré und Herriot zu berichten, in dem er einen wichtigen Schritt in dieser Richtung zu erkennen glaubt.

Herriot hat dem Korrespondenten ausdrücklich erklärt, daß seine Mission in Russland die Wiederanähmung fördern solle. Herriot habe das französisch-russische Zusammenspiel in der Dardanellenfrage als Hebel dazu benutzt. Er habe alle russischen Führer aufgesucht und ausdrücklich die Unterstützung Frankreichs zugesichert für die russische Politik, die die Ansprüche der türkischen Nationalisten unterstützt. Er habe ferner erklärt, daß die Dardanellenfrage niemals ohne Russland entschieden würde. Das Wichtigste ist dann der Depeschenwechsel zwischen Herriot und Poincaré. Herriot habe Poincaré gegenüber den Wunsch ausgesprochen, Frankreich möge Russlands Verlangen nach einer Teilnahme an der Orientkonferenz unterstützen. Poincaré habe Herriots Ansichten in der Dardanellenfrage zugestimmt und Russland für die Behandlung Herriots gedankt. Herriot bereitet einen ausführlichen wirtschaftlichen und politischen Bericht für die französische Regierung vor.

Aus der hauptstädtischen Presse.

Zum Wahlkampf: Die Melodien — und einige andere Töne.

Man wählt durch den Berg des Papiers, das da täglich morgens und abends von einem Dutzend Zeitungen aller Parteirichtungen unter das Publikum geschleudert wird. Und man hat das Gefühl, daß der Wahlkampf etwas zu früh eingestellt hat: es sind noch drei Wochen Zeit bis zum Wahltag — aber es ist eigentlich schon alles gesagt, was zu sagen war. Erst hat jedes Blatt die Wahllosungen und die Grundsätze seiner Partei entwickelt — weniger, so wie sie sind, als vielmehr so wie sie schaffen sollen —, dann hat jede Partei wiederholt und mehrfach und erneut und nochmals festgestellt, daß nur sie die richtige, wahre, einzige ist, daß nur bei ihrem Sieg Polen zu Hell und Ruhm gelangen kann. Nach diesen Etappen begann die weniger schönen: man griff die gegenseitigen Kandidaten recht persönlich und recht kräftig an. Auch dieses Spiel verlor den Witz; da kamen die „Wahlaufrufe“ der Parteien, und damit ist man nun ungefähr wieder auf die Etappe eins zurückgekommen, in der man schon einmal die Programme entwickelte und die Lösungen aufstellte. Immerhin ist zwischen dem ersten Abschnitt der „Programme“ und seiner heutigen Neuauflage ein Unterschied. Wir möchten sagen: in der ersten programmativen Periode kämpfte man gegen die Fernstehenden, gegen die eigentlichen Gegner — in der heutigen Wiederholung kämpft man (nicht nur, aber mehr) gegen die näherstehenden Gegner, gegen die, mit denen man sich nach dem Wahlkampf am ehesten wieder vertragen, zu Interessengruppen und taktischen Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen wird. Bildlich gesprochen: anfangs schimpfte der Meißner über das bessere Geschäft des Bäckers — jetzt schimpft der Meißner über die Konkurrenz des anderen Meißners oder der erste Bäcker über die des zweiten Bäckers. Befanntlich ist der Konkurrenzfeld im gleichen Gewerbe schärfer als zwischen zwei verschiedenen; daher ist auch der Wahlkampf schärfer, wenn sich die Bauernparteien untereinander bekämpfen, wenn die Rechtsparteien gegen die auch sehr „rechten“ Skulsikente vom Leder ziehen und die volkstümlichen Juden gegen die orthodoxen — sehr viel schärfer als ehemals, wo die Rechtsparteien gegen den Minderheitsblock wetterten und die Kommunisten gegen die Großagrarien und so weiter.

Dies also ist das, was über die hauptstädtische Presse zum Wahlkampf zu sagen wäre. Sollten wir weiterhin doch noch Artikel finden, die vom Schema abweichen oder etwas Neues bringen, so werden wir's getreulich notieren.

Von dem wenigen, was sonst noch die Medien ins Tintenfass zwingt, was in die Wahlmelodien neue Töne bringt, noch folgendes: Die „Gazeta Warszawska“, die schon alles besprochen hat, was die Nationaldemokraten für jetzt und ewig von allen anderen Parteien scheiden, bringt einen neuen Ton: der hauptstädtische Unterschied sei die Behandlung der Minderheiten in Polen sei Polens größte Gefahr (!). Und nun: die Sozialisten betonen internationale Solidarität. Pfui! Die pfusdkirchlichen Linksparteien aber solettierten oft mit den Sozialisten, traten gar

gemeinsam mit ihnen auf und sitzen es, daß ihnen Deutsche und Juden manchmal zur Mehrheit verhelfen. Also auch Pfui! Der „Klub der Verfassungsarbeit“ hat auch gesündigt: in der letzten Kabinettkrise trat er auf die Seite der vorgenannten Linksmehrheit. Seine Nachfolgerin ist die Demokratische Union, nun, und der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Also! Das Bürgerliche Zentrum (Skulski und Bürgerpartei) schreibt zwar manchmal über die notwendige „Nationalisierung“ der Städte — aber „der Manöver an Charakter bei diesen Parteien... muß die Überzeugung wecken, daß sie in der Frage der nationalen Minderheiten keinen festen und unverrückbaren Standpunkt einnehmen.“ Somit Punkt und Vasto! Und dann die Schlussfanfare: nur die Parteien des Christl. Verbandes nationaler Einheit, also die Nationaldemokraten und ihre christlichen Freunde, haben eine konsequente Politik in dieser Frage; sie allein kämpfen für Polens Wohl und so weiter.

Zu nennen wäre noch der „Klub Polki“; es fragt sich, ob schon „Wahlmündigkeit“ dämmert — oder soll nur einmal etwas anderes gesagt werden? Er meint: kurzum, der neue Sejm wird nicht viel besser werden als der alte war. Und die Regierung sollte mit ihrer Gesundung nicht warten, bis einmal der Sejm gesund und kräftig ist. „Den Sejm, den wir brauchen, schaffen wir noch nicht; mögen wir wenigstens eine gute Regierung haben. Mögen die Beamten nicht den Glauben an nützliche Arbeit verlieren. Bei der ganzen Unzufriedenheit des Sejm kann man mehr machen, als es scheint.“

W. R.

Der internationale Freihandelskongress.

Die Freihandelsbewegung hat nach dem Kriege ihre propagandistische Tätigkeit wieder aufgenommen. Im September 1921 fand der erste internationale Kongress in Amsterdam statt, der einen vollen Erfolg bedeutete. In Deutschland, Italien, Ungarn und der Schweiz, wo noch keine Freihandelsorganisationen vorhanden waren, wurden Freihandelsvereine neu gegründet. Um die gemeinsame Arbeit der verschiedenen Organisationen zu erleichtern, findet in diesem Jahr wiederum ein internationaler Kongress statt, und zwar wird er vom 23. bis 25. Oktober in Frankfurt abgehalten.

Die Zeitung und Vorberitung liegt in den Händen des Deutschen Freihandelsbundes. An diesen sind alle Anfragen zu richten, die sich auf den Kongress beziehen. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Neuen Börse in Frankfurt. Das Programm der Tagung ist folgendermaßen gegliedert: am ersten Tag wird die allgemeine Etatnanz- und Währungspolitik behandelt. Hierbei werden Referate gehalten über die Bedeutung der Valutabewertungen für den Außenhandel, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern verschiedenwertiger Währungen und die Antidumpingmaßnahmen verschiedener Staaten.

Die Verhandlungen des zweiten Tages gelten der Handelspolitik. Referate: Kontrolle des Außenhandels durch den Staat. Ein- und Ausfuhrverbote. Befestigung der Bollarenzen. Wirtschaftskontrolle im Innern.

Am dritten Tag wird die Produktionspolitik besprochen. Referate: Produktionssteigerung durch den Freihandel, Freihandel und Steuererträgnis, Einfluss des Freihandels auf Arbeitsmarkt und Lohnhöhe. Die Einwirkung internationalen Freihandels auf die Beziehungen zwischen den Völkern. Die Referate werden zum Teil mündlich, zum Teil schriftlich erstattet. Als Referenten sind hervorragende Vertreter der Freihandelsidee vorgesehen. Neuerdings ist zu den schon früher genannten Referenten noch ein schwedischer Vertreter hinzugekommen.

Republik Polen.

Eine Anfrage an Adamski.

In der „Posener Prawda“ stellen elliche „Chenisten“ an den Priester Adamski, welcher zwecks Amtseinführung in Oberschlesien wünscht, folgende Anfrage: „Vor mehreren Monaten hat eine Handelsgesellschaft 5 Millionen Mark für wohl tätige Zwecke bestimmt. Dieses Geld ist für den Prälaten Adamski niedergelegt, damit es zu seiner Disposition steht und entsprechend verteilt wird. So hat z. B. der Verein der staatlichen Beamten ½ Million Mark bekommen, jedoch hat der Herr Prälat trotz wiederholter Erinnerung vergessen, das Geld den Beamten hin dem Beamtentrein auszuhändigen. Weil es sich darum handelt, den guten Namen des Führers der Choden zu wahren, und wir nicht haben wollen, daß über den Priester Adamski gesprochen wird, daß er 3 Millionen Mark von der obigen Summe für Wahlzwecke gegeben hat und wir von dem „Posten“ keine Antwort bekommen können, fragen wir auf diesem Wege über den Verbleib des Geldes an und bitten um Aufklärung.“

Der Hafen in Gdingen.

Das Gesetz vom 23. September 1922 über den Bau des Hafens in Gdingen lautet: Art. 1: Die Regierung wird ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Bau eines Seehafens bei Gdingen in Pommerellen als eines Hafens des öffentlichen Nutzens zu bewerkstelligen. Art. 2: Der Bau des Hafens wird allmählich ausgeführt werden nach einem solchen Plan, daß durch die allmäßliche Fertigstellung exist ein Hafen kleineren Umfangs geschaffen wird und dann ein planmäßiger weiterer Ausbau ermöglicht wird. Art. 3: Die Entstehung der zu dem Bau des Hafens notwendigen Grundstücke wird auf Grund der in der Wojewodschaft Pommerellen geltenden Gesetze und Bestimmungen vor sich gehen. Art. 4: Die für den Bau des Hafens erforderlichen Kredite werden jährlich in den Staatshaushaltssplan aufgenommen werden. Art. 5: Die Ausführung des Gesetzes wird dem Minister für Handel und Industrie im Zusammenwirken mit dem Kriegsminister, dem Finanzminister und dem Minister der öffentlichen Arbeiten übertragen. Art. 6: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Die neue Tenerungswelle in Polen.

Der „Narzecz“ teilt mit, daß Polen von einer neuen verstärkten Tenerungswelle in den letzten Tagen überflutet wurde. Die Preise für sämtliche Artikel des täglichen Bedarfs sind bedeutend in die Höhe gegangen und das Bedenkenswerte ist, daß die Regierung sich dieser Sintflut gegenüber vollkommen passiv verhält und in ihrer Antwort nur auf den freien Handel hinweist. Die landwirtschaftlichen Produzenten unterstehen gar keinen Preisregulierungen, so daß auf dem Gebiete des Getreidehandels völlige Anarchie herrscht und ein jeder beliebige Preise von den Konsumenten erhebt. Die Regierung weiß als einziges Mittel gegen die Tenerung nur die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten, die jedoch keinerlei Linderung bringen kann. Die Einführung des freien Handels rächt sich bitter. Man wollte seiner Zeit nicht begreifen, daß bei Einführung des freien Handels in Polen bei den nicht konsolidierten Verbündeten, dem Mangel an Gewissenhaftigkeit und Bescheidenheit die städtische Bevölkerung den landwirtschaftlichen Produzenten auf Gnade und Ungnade ausgewiesen sei wird. Bei den nächsten Wahlen wird die Stadtbevölkerung Gelegenheit haben, diese Fehler wieder gutzumachen, indem sie ihre Stimmen für die Gegner des freien Handels abgibt.

Es ist schon des öfters darauf hingewiesen worden, daß die Tenerung weniger dem landwirtschaftlichen Produzenten als dem Kettenhandel zugeschrieben ist. — D. Red.

Aus Lemberg wird ein neuer politischer Mordversuch von national-ukrainischer Seite gemeldet, der das größte Aufsehen erregt. Drei Ukrainer versuchten, den bekannten Führer der polenfreundlichen Verständigungsverein, Redakteur des „Ridnyj Kraj“, Twerdowski, zu erschießen. Twerdowski wurde lebensgefährlich verwundet.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde das Wahlblatt der polnischen unabhängigen Sozialisten mit den deutschen Sozialisten Oberschlesiens von den ersten gelöst, weil die letzteren sich im Schlesischen Sejm mit den bürgerlichen deutschen Parteien vereinigten.

Im Erweiterungsbau des Sejmgebäudes, das für den Senat bestimmt ist, brach gestern gleichzeitig an verschiedenen Stellen Feuer aus. Es ist noch ungeklärt, ob das Feuer aus Unvorsichtigkeit entstanden ist oder ob Brandstiftung vorliegt.

Wie die „Rzeczpospolita“ erfährt, beabsichtigt Piłsudski nach dem Abschluß der gegenwärtigen Reise durch die Ostgebiete, mit seiner Familie Posen zu besuchen. Gleichzeitig wird der Ministerpräsident Nowak in Posen erwartet.

Deutsches Reich.

Die deutsche Industrie und die Devisenverordnung.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat Montag in einer Sitzung an den Reichskanzler seine Stellungnahme zur Devisenverordnung niedergelegt und sein Vorbringen über diese Verordnung darin ausgesprochen. In dieser Stellungnahme wird unter anderem gesagt: Der Reichsverband der deutschen Industrie muß an die Reichsregierung das dringendste Erstbenachrichtigen, vor Inkrafttreten eines endgültigen Gesetzes zur Bekämpfung der Devisenspekulation die industriellen Sachverständigen über die Wirkung einer derartigen Regelung gutachtlich zu hören, und zwar umgehend, da infolge der in vielen Punkten ganz unklaren Fassung der Verordnung eine Unsicherheit in das Wirtschaftsleben hineingetragen wird, die schwere Wirtschaftsschüttungen zur Folge haben kann.

Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen.

Haag, 18. Oktober. (Drahtmeldung.) Der amerikanische Kriegsminister hat, nachdem eine Konferenz zwischen Präsident Harding und General Pershing stattgefunden hat, bekanntgegeben, daß die amerikanischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland sehr bald zurückgezogen werden. Man erwartet, daß sie gegen Weihnachten wieder in Amerika eintreffen. Angesichts der Lage in Deutschland hält die amerikanische Regierung die weitere Anwesenheit der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein für überflüssig. Die Kosten für ihre Unterhaltung, die 800 Millionen Dollar betragen haben, würden vollkommen von Amerika gedeckt werden.

Mishandlung von Redakteuren durch streikende Arbeiter.

Gelsenkirchen reichten die Bauarbeiter versammelt am vergangenen Donnerstag vor dem Verlagshaus der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ wegen der Veröffentlichung einer den Streikenden missläufigen Notiz in diesem Blatte. Ein großer Haufe drang in das Verlagshaus ein, misshandelte die Mitglieder der Redaktion und des Verlages und schlepte sodann den Lokalredakteur Fischer unter Misshandlungen aus dem Hause. Die wiederholte Hilfe angerufene Polizei griff zu spät ein. Es gelang erst nach einiger Zeit, die Demonstranten zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Lehrstreik in Köln.

Die Vereinigung der nebenamtlich an Kölner Fortbildungsschulen tätigen Lehrer (in Frage kommen Lehrer an Volksschulen, Ingenieure und Handwerkmeister) beschloß, ihre Lehrtätigkeit wegen ungünstiger Bezahlung niedرزulegen. Aus der gleichen Ursache stehen die nebenamtlich wirkenden Berufsschullehrer des Industriebezirks Duisburg und Essen in einer Ausstandsbewegung.

Der blutige Sonntag in Berlin.

Berlin, 17. Oktober. Der preußische Innensenator, der heute Nacht von seiner Rheinlandreise zurückgekommen ist, hat sofort eine Konferenz der maßgebenden Stellen einberufen, welche über die Sonntagsvordänge am Kursus Busch beraten sollte. Es wurde festgestellt, daß an der Organisation die Schuld nicht liegt. Ob nach dem Verlauf der Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung eine Handhabe für ein Vorachen gegen diesen Bund nach dem Gesetz zum Schutz der Republik gegeben ist, ist eine weitere Frage, die erst jetzt geklärt werden kann.

Wie die „B. B.“ meldet, steht eine Änderung der leitenden Stellen im Berliner Polizeipräsidium bevor. Es verlautet bereits, daß für den ersten Posten ein Nachfolger in Aussicht genommen ist, und zwar ein Beamter, der bereits lange Jahre dieser Behörde angehört hat.

Im Laufe des heutigen Tages sind vier Medakitionsmitglieder der „Roten Fahne“ in einem Café am Potsdamer Platz bei einer Besprechung festgenommen und ihre Alten, welche sie bei sich führten, beschlagenahmt worden. Die Feststellungen der Polizei gehen augenblicklich dahin, ob Zusammenhänge mit Moskau vorliegen. Die Betriebsräte, welche heute um 10 Uhr zum Polizeipräsidienten Richter kommen wollten, wo sie die Forderungen aufstellen sollten, die Verhafteten unverzüglich freizulassen, sind nicht erschienen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Simson gestern in das Direktorium der Agfa berufen worden. Man muß also mit dem Rücktritt von Simson in nächster Zeit rechnen.

Die Geschäfte des Reichskommissars für die Ablieferung der zur Erfüllung des Friedensvertrages enteigneten Handelschiffe sind mit dem 30. September 1922 beendet.

Wie der „Tag“ aus Münchener politischen Kreisen meldet, hat ein Mitglied des englischen Kabinetts, der Minister of Wool, Sir Alfred Mond den General Ludendorff in dessen Münchener Villa zu einer längeren Unterhaltung aufgesucht.

Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß in ihrer Redaktion gestern eine Haussuchung stattgefunden hat, die angeblich ergebnislos verlaufen ist.

Aus anderen Ländern.

Tagung der Volksbundliga in Budapest.

Der Generalrat der Union der Volksbundliga tritt in Budapest am 20. Oktober zu einer für mehrere Tage anberaumten Beratung zusammen. Bisher haben 19 Staaten ihre Beteiligung zugesagt, darunter China, Japan und Argentinien. Die kleine Ukraine und Polen haben die aus Budapest und Brüssel an sie ergangene Einladung bisher nicht einmal beantwortet.

Putschgerüchte in Ungarn.

Selbst Wochen wird Budapest durch Gerüchte über einen bevorstehenden großen großangelegten chaotisch-antisemitisch-legitimistischen Putsch beeinträchtigt. An der Spitze stehen die legitimistischen Führer Stefan Friedrich Karl Wolff und Julius Gömbös. Ihre Streitkräfte rekrutieren sich aus Hochschülern und anderen „Erwachsenen Magyaren“. Wolff behauptet, diese faschistische Gruppe sei 12 000 Mann stark, militärisch organisiert und

mit Geschützen und Handfeuerwaffen ausgerüstet. Der Aufstand wurde für Mitte Oktober genannt. Die Regierung hat jedenfalls die Gendarmerie in Budapest zusammengezogen. Das Ziel der Bewegung, die über reichlich Geld verfügt, sei ein Sturz der Regierung Bethlen und die Einsetzung einer faschistischen Regierung, in welcher die erwähnten Politiker die führende Stellung einzunehmen werden.

Die Auflösung des englischen Parlaments.

Paris, 18. Oktober. (Drahtmeldung.) Der „Tempo“ meldet aus London, daß Lloyd George beschlossen habe, nicht zu demissionieren, sondern das Parlament aufzulösen. Er wird diesen Beschuß in einer Rede am kommenden Sonntag mitteilen.

Eine Orient-Konferenz in London.

Paris, 18. Oktober. (Drahtmeldung.) Die englische Regierung soll Frankreich und Italien vorschlagen haben, in einigen Tagen eine Vorbereitung über die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des neuen Vertrages mit der Türkei in London abzuhalten. Italien soll angefragt haben. Über die Antwort Frankreichs ist noch nichts bekannt.

Die italienische Ministerkrise.

Die Ministerkrise kann als tatsächlich begonnen betrachtet werden, wie dies auch die Ansicht Fausta ist. Beide Giulitti und Abgradienzo befürchten Fausta und forderten ihn auf, sofort zu demissionieren. Fausta stimmte ihnen im Prinzip zu, machte aber Einwendungen bezüglich des Zeitpunktes der Demission.

Die Griechen auf der Flucht.

Paris, 16. Oktober. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ in Adrianople meldet, daß die Griechen gestern abend Artillerie nach Karagatch geschafft und versichert hätten, sie bereiteten die Beschiebung Adrianopels vor, da die Türken die Christen niedermachten. Tatsächlich dieser Drohung bemühte man sich, die Ankunft der französischen Kavallerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu beobachten. Eine Umfrage in den brennenden Dörfern hätte ergeben, daß die Dörfschaften von den Griechen bei der Räumung in Brand gestellt wurden. Nach dem Berichterstatter wird die Zahl der Thrakier verlassenden Flüchtlinge auf 20 000 geschätzt, abgesehen von 50 000 griechischen Soldaten, die ohne alle Disziplin seien.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Athen teilte Venizelos von London aus dem Kabinett mit, er habe sich an die amerikanische Regierung gewandt, um eine Erleichterung der Auswanderung bestimmt zu geben für die Griechen auf einige Monate zu erzielen. Die Vereinigten Staaten sollen mehr als eine Million griechischer Flüchtlinge aus Kleinasien, Thrakien und Konstantinopel aufnehmen, die in Griechenland nicht untergebracht werden können.

Die Räumung Thrakiens verzögert.

Aus Athen meldet Erchange Telegraph: Der Oberkommandierende der griechischen Armee in Thrakien telegraphiert seiner Regierung, daß infolge des unzureichenden Materials die Räumung Thrakiens sehr behindert sei und nicht in dem vorgeschlagenen Zeitpunkt vor sich geben könnte. Der französische Botschafter in London hatte gestern eine längere Unterredung mit Lord Curzon über die Entsendung alliierter Truppenabteilungen nach Thrakien und über die bevorstehende Friedenskonferenz für den Osten.

Die Kämpfe im Fernen Osten.

Nach Meldungen aus Wladivostok bricht dort die antibolschewistische Front zusammen. Nikolskoje wurde von den austro-ungarischen Wehrtruppen geräumt. Die Japaner hindern die Roten Truppen am Einmarsch in Wladivostok, bis die japanische Räumung beendet ist.

Amerikas Kampf gegen den Alkohol.

Das Verbot der Einfuhr von geistigen Getränken wird jetzt amtlich dahin eingestrahlt, daß alkoholische Getränke, die für fremde Gesellschaften bestimmt sind, von dem Verbot nicht betroffen werden. Sie dürfen unter diplomatischem Siegel eingeführt werden und werden genau so behandelt wie einheimisches diplomatisches Getränk. Schatzsekretär Mellon hat die Absicht, einen Vorrat von geistigen Getränken einzukaufen, die als medizinisches Stärkungsmittel an Bord von Schiffen geführt werden dürfen.

*
In Prag und Budapest haben gleichzeitig wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei begonnen. Es wird in vier Kommissionen, einer wirtschaftlichen, einer finanziellen, einer Verkehrs- und einer Justizkommission, beraten.

Der Tod Enver Paschas wird von neuem bestätigt durch die Erzählung eines Augenzeugen, die die „Pravda“ wiederholt. Danach ist Enver Pascha von fünf Angeln in einem Gesetz getötet worden.

Hadas meldet aus Riga: Krassin ist von seinem Posten aufgerückt.

Aus Stadt und Land.
Bromberg, 18. Oktober.
§ Weitere Ausbildung der Gemeindehelferinnen. Der Landesverband der evangelischen Frauenhilfe hat, wie schon mitgeteilt, für die Zeit vom 3. 11. bis 16. 12. einen Lehrgang zur Ausbildung von Gemeindehelferinnen eingerichtet. Nach diesem sechstägigen theoretischen Kurs müssen die Teilnehmerinnen noch 2-3 Monate praktische Lehrzeit in einem Krankenhaus durchmachen. Sie werden dadurch befähigt, bei den Kranken ihrer Heimatgemeinden nach Anweisung eines Arztes die Pflege sachgemäß durchzuführen und bei Unfallfällen die erste Hilfe zu leisten. Bei den verstreut liegenden nur noch kleinen Gemeinden ist es dieser meist unmöglich, eine Frauenschwestern anzustellen, darum hat die evangelische Frauenhilfe es sich zur Aufgabe gemacht, durch freiwillige Gemeindehelferinnen der Rot in dieser Richtung abzuhelfen. Die Ausbildung der Helferinnen ist frei, doch müssen diese bei der großen Teuerung einen entsprechenden Beitrag zu den Versiegungskosten beitragen. Die näheren Bedingungen werden nach Meldung durch den Verband angezeigt. Berechtigt zur Teilnahme an dem Kursus sind junge Männer, welche einen tadellosen Ruf genießen. Meldungen müssen umgehend an den Landesverband der evangelischen Frauenhilfe, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 26 II, gerichtet werden.

§ Wochenmarkbericht. Am „schwarzen Brett“ auf dem heutigen Wochenmarkt waren folgende Preise notiert: Butter 1600—1650, Eier 1700, Käse 40—150, Birnen 80—200, Blaumen 60—100, Tomaten 100—200, Mohrrüben 25—35, Weißkohl 30—50, Kartoffeln 60—80, Blumenkohl der Korb 100 bis 500, Kartoffeln 20, Rote Rüben 40, Brüden 40—50, Bohnen 60—80, Zwiebeln 70—120, Gurken 200. Das Angebot an Waren aller Art war heute verhältnismäßig nicht groß. Die tatsächlich geforderten Preise entsprachen zum größten Teil den am schwarzen Brett notierten.

Helene Böttcher Ewald Mahlke

Verlobte

Wirsia Dorf

Czarnun

im Oktober 1922.

15939

Allen lieben Freunden u. Bekannten,
welche durch herrliche Kranzabenden, so-
wie durch das Geleit zur letzten Ruhe-
stätte meine liebe, teure Enschlafene
ehrten; ferner Herr Würerbach
für die trostreichen Worte und dem Ge-
sangverein "Gutenberg" für den erhe-
benden Gelang am Sarge sage ich hier-
mit meinen 11190

herzlichsten Dank.

Bromberg, den 18. Oktober 1922.

Oscar Franz.

Weitere Dame sucht für
längere Zeit 15904
Kloster zu mieten
gegen monatl. Entschädi-
gung von 15—18000 Mt.
Briefe an Snetlage,
ul. Jactowstiego (Feld-
straße 33, III). 11180

Zurücksgefordert
Sanitätsrat
Dr. Kantorowicz,
Frauenklinik,
Poznań. 11180

Zahn-Praxis
Paul Bowski, Dentist
Mostowa (Brüderstr. 10. Tel. 751.
Früher Techn. der Universität Berlin u. beim
Professor d. Universität Münster. 10824
Kronen. Brüden. Füllungen.
Sprechstunden v. 9—1 u. 3—6 Uhr.

Zahn-Praxis.
Sprechstunden von 9—12 und 3—6 Uhr.
Susanna Palm,
Gdańska 16/17, I. 14643

Belauftwachung.

Am 16. Oktober 1922 eröffnete die Kasa Chorych
miasta Bydgoszczy in der ulic Dr. Emila Warmi-
stego Nr. 2 ein 11201

Zahnärztl. Ambulatorium.
Dasselbe ist von 8—11 vorm. und 3—7 nachm.,
an Sonn- u. Feiertagen von 10—11 vorm. geöffnet.
Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Mit-
glieder und deren Angehörigen, welche außerhalb
des Ambulatoriums zahnärztliche Hilfe in Anspruch
nehmen, die Kosten nicht erstattet werden.

Kasa Chorych miasta Bydgoszczy.
Vital, Vorsteher.

Portl. Zement
Stück- u. Weisskalk
Zementkalk

Schamottesteine
Schamottemörtel

(Fabrikate der Vereinigten Schamottefabriken
vorm. C. Kulmiz, Saara i. Schl.)
Wagonweise, sowie ab Lager und frei Haus
offeriert zu billigsten Tagespreisen

August Appelt,
Brenn- und Baumaterialien

Bydgoszcz, ul. Naruszewicza 5. 10831

Reparaturen
Puppen, Haarschmuck
Großes Lager in 15207
Puppen, Perücken, Zöpfen.
Ansichtig. sämtl. Haararbeiten.
Spezial-Haargeschäft
Dworcowa 15.

Neue laue Gurken
u. prima Sauerohl
in Stückgut u. Waggon-
ladung offeriert 11169

Wolfskündin,
hellefrau, entlaufen.
Wiederbr. erhält Belohn.
ul. Gdanska 108. 15921

Nachtlungen

Gute Fleischerei
mit oder ohne Einricht.
oder einen Laden, der sich
dazu eign., m. Werkt. hier
i. Bydg. Zu erfr. in der
Geschäftsst. d. Zeitg. 15910
an die Geschäft. d. Zeitg.

Zahnatelier Dorothea Mosler

Danzerstraße 147.

Danzerstraße 147.

Eigenes Laboratorium
für Zahnersatz in Gold-, Gold-
ersatz- und Kautschuktechnik.

Behandlung von Zahn- und Mund-Krankheiten.

11134

Operative Eingriffe durch
Zahnarzt Dr. Elfering.

Sprechstunden

von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags.



Ein wasserfester Hochglanz
ohne gleichen, ist durch
Urbin
nur zu erreichen!

Hersteller: Urbin-Werke, Chem. Fabrik

G. m. b. H., Danzig, am Troyl.

10523

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren

stets am Lager

Glühlampen und Installations-Material

Wilh. Buchholz, Ingenieur

Bydgoszcz, Danzigerstraße 150 a.

Gegründet 1907

Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen.

Achtung!

Ich bringe am Mittwoch und Donnerstag am
Bahnhof Bromberg, Ausladestrang,

1 Waggons Apfel

zum Verkauf. Abgabe von 10 Pfund aufwärts. Die Preise
sind spottbillig. 15933

Joh. Försch.

Wohnungen

Suche

3-Zimm.-Wohng.

mögl. mit Bad u. elekt. Licht, evtl. Möbelübertr.
nicht ausgeschlossen. Off. u. 15914 an die Gt. d. St.

Ausstellungs- Raum

für Möbel in guter Geschäfts-
lage zu mieten gesucht.

Angebote unter J. 11105 an die Geschäfts-
stelle der "Deutschen Rundschau" erbitten.

In allen Streitigkeiten zwischen
Mieter und Vermieter

wird gewissenhaft und prompt Rat sowie Hilfe
erteilt. Übernahme Verteidigung vor dem Miets-
einigungsamt; auch Schreibmaschinenarbeiten
und Übersetzungen zu angemessenen Preisen.

Z. Gruszczyński, ul. Gdanska 162, II,
neben Hotel "Adler". Telefon 1429.

10725

Tausche sofort

Wohnung in Berlin

gegen eine Wohnung in Bydgoszcz ein. Zu er-
frag. b. Rosati, Bydg.,

Sienkiewicza 9, II, 15932

Aust. Petersona 13, p. 15901

15930

Lausche 2-Zimmerw.

von Berlin nach hier.

15931

zu vermieten. 1591

Kwiatowa 14, Seith., I.

15910

G. 15911

15912

15913

15914

15915

15916

15917

15918

15919

15920

15921

15922

15923

15924

15925

15926

15927

15928

15929

15930

15931

15932

15933

15934

15935

15936

15937

15938

15939

15940

15941

15942

15943

15944

15945

15946

15947

15948

15949

15950

15951

15952

15953

15954

15955

15956

15957

15958

15959

15960

15961

15962

15963

15964

15965

15966

15967

15968

15969

15970

15971

15972

15973

15974

15975

15976

15977

15978

15979

15980

15981

15982

15983

15984

15985

15986

15987

15988

15989

15990

15991

15992

15993

15994

Bromberg, Donnerstag den 19. Oktober 1922.

Pommerellen.

18. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

e. Der evangelische Konfirmandenunterricht findet neuerdings nachmittags statt. Bis dahin wurde der Unterricht am Dienstag und Freitag vormittags erteilt. Soweit bekannt, wird sonst überall auch noch heute der Konfirmandenunterricht am Vormittag erteilt. In den Landgemeinden ist zu Zwecken des Konfirmandenunterrichts der ganze Tag schulfrei.

e. Noch immer kein Zucker. Bei den Geschäftskleuten ist noch immer kein Zucker zu bekommen. Die Verteilung soll nun wieder durch die Stadt erfolgen. Es ist aufgefordert worden die Personalausweise zur Berechnung der Personenanzahl des Haushaltes vorzulegen. Es soll dann in den Geschäften pro Person zwei Pfund Zucker verabfolgt werden.

e. Die Arbeiten an der Trinkbrücke im Lauf der Grabenstraße sind soweit gefördert, daß die Verschalung zur Herstellung des Betonbogens angefertigt ist. Mit dem Stampfen des Betons wird begonnen. Als Einlage werden Eisenstäbe verwendet, welche aus Danzig beschafft werden müssen.

* Die Gesangvereine „Liedertafel“ und „Melodia“ haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen geschlossen und bereiten gemeinsam das 60. Stiftungsfest der Liedertafel (17. November) vor. Beide Vereine nahmen nach kurzer Unterbrechung ihre regelmäßigen Übungen wieder auf.

* Aus dem Kreise Graudenz, 16. Oktober. Ansiedlerstellen, von welchen die deutschen Ansiedler vertrieben wurden, sind auch an ehemalige Heeresangehörige abgetreten. Offiziere bewirtschaften die Grundstücke aber nicht. Die Wirtschaften sind verpachtet und ihre Besitzer wohnen in Graudenz. Die landwirtschaftliche Produktion wird dadurch nicht erhöht. In den letzten Jahren hat die Schafhaltung beim Kleingrundbesitz sehr zunommen. Man hält in den meisten Wirtschaften einige Schafe, um Wolle für den eigenen Bedarf zu haben. Auf kleineren Wirtschaften ist die Kartoffelernte ziemlich beendet. Mit der Saatbestellung ist man überall fertig. Die Saaten haben sich recht gut entwickelt. Besonders auf der Höhe ist Klee und Serradella reichlich vorhanden, daß das Vieh genügend Futter findet. Leider tritt der November immer unter den Verbedeständen auf. Eine Anzahl Vieh mußte bereits getötet werden, andere stehen unter starker Beobachtung. Die Landwirte erleiden durch diese Krankheit große Verluste.

Thorn (Toruń).

* Brotpreiserhöhung. In Thorn ist der Brotpreis wieder einmal erhöht worden, nachdem er letztmalig am 13. September und vordem am 28. August d. J. herausgegeben worden war. Der neue Preis beträgt für 1 Pfund helles Brot 170 Mark (vordem 160 bzw. 145 Mark), für 1 Pfund dunkles Brot 160 Mark (vordem 150 bzw. 140 Mark). Für das Abbacken von Brot sind je Pfund 20 Ml. zu zahlen, für ein großes Blech 100 Ml., für ein kleines Blech 50 Ml. Die neuen Preise traten am Dienstag in Kraft.

* Thuner Marktbericht. Die Preise für die beiden Hauptartikel Butter und Eier waren auf dem Dienstag-Markt unverändert gegen vergangenen Markttag. Obst und Gemüse waren sehr reichlich angeboten, mit kleinen Schwankungen waren die Preise im allgemeinen auch dieselben geblieben. Neu war Rosenkohl, von dem das Pfund mit 850 und 400 Mark angeboten wurde. Fleischstücke waren wiederum reichlich zu haben und etwas billiger als sonst. Man konnte drei Mark bereits für 100 Mark kaufen. Pfauen wurden mit 70 bis 90 Mark gehandelt. Pfauenmus kam auf 250 und 400 Mark das Pfund. Der Kartoffelkreis schwankte zwischen 1500 und 1600 Mark pro Rentner. Geißelgut war zu den gewohnten Preisen zu haben. Von Hühnern sahen wir Rechte zu 1000 Mark und Bressen zu 600 Mark für ein Pfund.

* Gründung der Volksküche. Das Volksküchenkomitee nimmt den Betrieb der Volksküche im Mathaus (Postseite) von Mittwoch ab wieder auf. An Pferdställe, die sich durch eine Bescheinigung ihrer Pfarrei oder der Polizei auszuweisen haben, werden Mittagessen entweder unentgeltlich oder für 50 Mark für eine Portion verabfolgt werden. Morgens und abends wird Tee oder Kaffee erhältlich sein.

* Zucker gegen Karten. Wie das hierfür „Somo Pomorskie“ zu berichten weiß, beabsichtigt der Magistrat, an die Einwohner Zucker und Zett gegen Karten zu verabfolgen. Weder hier ansässige Person soll dem Herrnmeister nach vorerst ein Kilo Zucker erhalten. Die Verteilungsstelle beim Magistrat ist augenblicklich mit der Verteilung der Karten beschäftigt.

* Bankfeiertag Thorn, 17. Oktober. Am Montag feierte Lehrer Schreiber in Garnebłoto (Schmarzbruch) im Kreise Thorn sein 25-jähriges Amtsjubiläum. Die ganze Zahl seiner sozialistischen Tätigkeit ist er in seinem Orte öffentlich gewesen und dadurch so mit dessen Einwohnern verwachsen, daß sein Jubiläum geradezu als ein Gemeindefest unter aller Teilnahme begangen wurde.

* Berent (Roszicerzna), 16. Oktober. Über die Ergebnisse in der Jagd wird geklärt; es sind weder Neuhörner noch Hasen da. So wurde auf einer auf der Feldmark Lipowisch veranstalteten Jagd auch nicht eine Spur von Wild gesehen. Die Preise für Wild sind demnach auch sehr hoch. Ein Hase kostete 2000 M., ein Rebhuhn 700 M.

Die Knappheit des Wildes wird auch mit daraus zurückgeföhrt, daß sehr stark gewildert wird, weil bei den hohen Preisen das Wild ein recht lohnendes Gewerbe ist.

Der Gau (Chełmno), 15. Oktober. In der Nacht zum 14. d. M. um 3 Uhr brach auf dem Gehöft des Altfürsters Franciszek Śliwiński in Königl. Gr. Trzebcz hierfür Feuer aus. Es brannte die Scheune mit sämtlicher Erde und Putzern sowie der Stall mit allem Vieh nieder. Dank der Hilfe des Domänenpächters von Trebisie, der mit seinen Insassen zur Hilfe herbeilte, sowie des Gasthofbesitzers Pietrowski daselbst blieb das Wohnhaus vom Feuer verschont. Nach Aussage des Brandgeschädigten ist das Feuer von bös williger Hand angelegt worden. Der Schaden beträgt über 2 Millionen Mark.

Der Besitzer Johann Schulz in Friedrichsbruch verkaufte sein Grundstück an den Besitzer Peter Grzybowski aus dem Kreise Noworocław für 3000000 Mark. Der Ansiedler Karl Mauer verkaufte sein Grundstück aus Kleinpolen für 7000000 Mark. Der Händlerin Berta Eisenzka in der ul. 22 Szewania (Friedrichstraße) wurden aus ihrem Keller 40 Pfund Butter im Werte von 60000 M. mittels Einbruchs gestohlen. Dem Besitzer Joseph

Spadański aus Königl. Gr. Trzebcz wurden aus seiner Wohnung mittels Einbruchs in der Nacht zum 14. d. M. 400000 M. in barem Gelde gestohlen.

* Dirschau (Tczew), 17. Oktober. Auf der Straße überfallen wurden gestern abend zwei hiesige Kreisbeamte. Als beide gestern abend gegen 8 Uhr die Bahnhofstraße passierten, drangen plötzlich anscheinend sieben Männer auf sie ein und bedrohten sie mit Messern und anderen gefährlichen Werkzeugen. Die beiden Beamten setzten sich aber tapfer zur Wehr, so daß die Angreifer alsbald flüchteten. Es gelang, den Hauptstädterführer zu fassen und zu verhaften. Es ist der Arbeiter Wladislaus Michalski von hier. Er wurde dem Gericht übergeben.

* Konitz (Chojnice), 17. Oktober. Wie die Kreiskrankenkasse bekannt macht, ist ein Streik der hiesigen Krankenärzte ausgebrochen. Dem Vernehmen nach hatten die Ärzte ein höheres Honorar verlangt (400 Mark, bei Hausbesuch 1000 Mark). Weil die Kreiskrankenkasse dieses Honorar nicht bewilligt hat, nehmen die Kassenärzte keine Krankenfassungsmitglieder als solche zur Behandlung an, sondern nur als Privatpatienten.

* Laskowiz (Kr. Graudenz), 17. Oktober. Heute, Dienstag, früh 5 Uhr, stieg auf dem Bahnhof Laskowiz der von Hela kommende Extrazug mit Ausflüglern der Graudenzer Offiziersaspirantenschule mit einem gerade in die Station einlaufenden Güterzug zusammen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß infolge falscher Weichenstellung eine Stationsmaschine zwischen die beiden Züge einrangiert wurde. Es sind 35 Böglinge der Offiziersaspirantenschule verletzt, darunter 8 schwer. Der Zugführer ist tödlich verwundet worden.

* Pelpin, 16. Oktober.天然lich verunglückte die Arbeiterfrau Miszkowska aus Pelpin tödlich. Als sie des Morgens auf einem leeren Lastenwagen zum Kartoffelernten fuhr, stürzte sie so unglücklich vom Wagen, daß der Tod bald darauf eintrat. Sie hinterläßt ihrem Mann 14 Kinder, von denen das jüngste kaum ein Vierteljahr alt ist.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Sosnowice, 15. Oktober. Der Polizeibeamte Kazimir Lenert und die Beamte Irene Jakubowska aus Bromberg sind gemeinsam aus dem Leben geschieden. Lenert war verheiratet und Vater zweier Kinder. Seit langerer Zeit schon unterhielt er mit der Jakubowska ein Verhältnis, und das Resultat war ein weiteres Kind. Als die Frau Lenert hierauf erfuhr, machte sie den beiden so große Schwierigkeiten, daß sie beschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Lenert schnitt der Jakubowska mit einem Messer die Haarspangen durch und hing sie an dem Bettgestell auf, dasselbe tat er mit sich selbst. Beide wurden als Leichen in einer möblierten Wohnung in Bendzin gefunden, wohin sie gereist waren.

* Nieciec, 15. Oktober. Am 6. d. M. traf der Kassierer der Emailfabrik „Westen“ in Begleitung von drei Arbeitern in Olsztyn ein. Er hatte 34 Millionen Mark bei sich, die zur Auszahlung des Lohnes bestimmt waren. In der Nähe der Fabrik wurde er und seine Begleiter von einigen Banditen überfallen, die mehrere Schüsse abfeuerten. Der Kassierer wurde in der Brust schwer verletzt. Die Banditen raubten 23 Millionen Mark und suchten das Weite. Die übrigen 11 Millionen Mark trug ein Arbeiter, dem es gelang, nach dem Fabrikterritorium zu flüchten und das Geld zu retten.

Der Mieterschutz.

Zur Frage des Mieterschutzgesetzes gab der Abgeordnete Glabiski Pressevertretern gegenüber eine Darstellung über die Ursachen und Ziele des Mieterschutzes.

Das Mieterschutzgesetz wurde, nach seinen Ausführungen, im Jahre 1919 erlassen, um den Familien, deren männliche Mitglieder zum Militärdienst einberufen worden waren, eine Wohnstätte zu sichern und zu verhindern, daß man ihnen die Wohnung kündigt, und sie in dieser Weise einfach auf die Straße setzt. Das Gesetz schützt nun zwar die Mieter vor der Kündigung; gleichzeitig aber erschwert es den Wohnunglosen und Wohnungssuchenden das Ausfindigmachen entsprechender Wohnungsräume. Da die Hausbesitzer von ihren Häusern fast gar keine Einnahmen haben, ist die Raubbauaktivität vollständig illusorisch geworden, und etliche tausend Häuser, die vor dem Krieg bewohnbar waren, sind aus Mangel an Restaurierung teils ruiniert, teils unbewohnbar. So wurden z. B. in Warshau im Laufe der letzten Jahre 571 Wohnhäuser, die dem Ruin verfallen waren, abgerissen, und im Januar dieses Jahres ordnete der Magistrat die Umräumung von Bürgersteigen an 939 Stellen an, um die Bevölkerung vor der Gefahr zu schützen, daß sie von dem Gesimsabfall an Leben und Gesundheit geschädigt wird.

Andererseits sind Fälle bekannt, daß die Mieter ihre Wohnungen für Millionen verkaufen, oder die Unternehmer für die an sie abgetretenen Zimmer, von denen die Hausbesitzer nur eine geringe Miete erhalten, ausnutzen. Ein derartiger Zustand ist für längere Zeit nicht zu ertragen, da er nicht allein den Hausbesitzern Nachteile bringt und den Übergang des Hausbesitzes in die Hände von Kapitalisten zur Folge hat, die die Häuser für ein Spottgeld kaufen, sondern in noch höherem Grade auch für die Zukunft für die wohnungssuchende Bevölkerung schädlich ist. Die städtische Bevölkerung nimmt bekanntlich jährlich an Zahl zu, Wohnungen dagegen gibt es in den Städten immer weniger, sie sind immer kostspieliger und neue Häuser werden nicht gebaut.

Aus diesen Gründen ist eine Änderung dieses Gesetzes in dem Sinne notwendig, daß es zwar die heutigen Mieter auch fernerhin vor der Kündigung und Heraussetzung sicherstellt, andererseits aber dem Hausbesitzer einen, wenn auch bescheidenen Gewinn sichert und ihnen dadurch einen Ansporn gibt, an den Bau neuer Häuser und an die notwendige Restaurierung der bestehenden Häuser heranzutreten. Auf diese Weise wird die Entwicklung des Handwerks, der Industrie und des Handels ermöglicht und die notwendigen Wohnräume können dann den Beamten und Lehrern zur Verfügung gestellt werden.

Der durch die Rechtskommission des Sejm vorbereitete Gesetzentwurf verfügt nicht gegen den bisherigen Mieterschutz, aber er strebt ein Übergangsstatut für normale Verhältnisse an. Zu diesem Projekt ist vorgesehen, daß zwischen den Hausbesitzern und Mietern über die Miete und deren Erhöhung freiwillige Vereinbarungen getroffen werden, und daß besonders in den Fällen, wo der Mieter tatsächlich in der Lage ist, eine höhere Miete zu bezahlen, er sich freiwillig mit einer Erhöhung einverstanden erklärt. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf aus Vertretern der Mieter und Hausbesitzer zusammengesetzte Kommissionen vor, die unter Teilnahme von Dele-

gierten des Magistrats in Zukunft die Höhe der Miete festzusetzen hätten. Vorläufig würden die Mieten um das 30fache von kleineren Wohnungen, bedeutend höher von größeren Wohnungen und Geschäftsräumen gesteigert werden. Wenn man berücksichtigt, daß bei uns der Geldwert im Verhältnis zum Kriegswert mehr als um das 1000fache gesunken ist, so wäre eine Erhöhung dieser Art geringe und notwendig. Freiwillige Vereinbarungen sind entgegen dem Gesetz schon jetzt in einer ganzen Reihe von polnischen Städten auf der Tagesordnung. Die Unternehmer zahlen überall eine ungleich höhere Miete als die Mieter.

Es ist nicht zu befürchten, daß die Erhöhung der Miete die Beamten und andere abhängige Angestellten belastet, da im Falle der Änderung des Gesetzes, die Gehälter und Löhne entsprechend geändert werden müssen. Die Gehälter und Löhne müssen wenigstens das Existenzminimum der Angestellten decken und hierzu gehört auch die Wohnungsmiete.

In der Rechtskommission wurde ein Kompromißvorschlag angenommen, daß vor allem das Interesse der Mieter berücksichtigt und trotz der Proteste der Hausbesitzer, die dieses Projekt für durchaus ungünstig erachteten, wurde es dem Sejm vorgelegt. Man kann heute noch nicht voraussagen, welches Schicksal dieses Projekt im zukünftigen Sejm erfahren wird.

Handels-Rundschau.

Gründung einer Oberschlesischen Petroleumgesellschaft. Eine oberschlesische Petroleumgesellschaft ist zur Versorgung der Industrie und Landwirtschaft mit Petroleumprodukten, wie Benzin, Öl und Brennmaterialien, mit einem Anlagekapital von 2 Millionen deutscher Mark in Katowitz ins Leben gerufen worden.

Zur Ausfuhr von Getreide. Im Hauptamt für Ein- und Ausfuhr fanden in Sachen der Einteilung des zur Ausfuhr bestimmten Getrekontingents zwei Sitzungen statt. Genehmigungen zur Ausfuhr von Getreide wurden erteilt: für Oktober 80 Waggons und für November 60 Waggons. Um das Recht der Ausfuhr von Getreide bewarben sich 300 Firmen, welche die Genehmigung zur Ausfuhr von 1-3 Waggons erteilt wurde; nur zwei Firmen erhielten die Erlaubnis zur Ausfuhr von je 18 Waggons. Der Rest der Gesuche wurde abgelehnt.

Erhöhung der deutschen Margarinepreise. Die niederrheinischen Margarinefabrikanten haben die Preise weiter um 21 Mark pro Pfund heraufgesetzt, so daß sich die billigste Sorte auf 228 Mark, die beste auf 257 Mark stellt.

Notierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer für die Zeit vom 14.-17. Oktober. Preise für 100 kg Weizen von 32 500-34 000 M., Roggen 19 000-20 300 M., Futtergerste 18 600-19 200 M., Brauherbst 19 500-20 500 M., Futterkartoffeln 2000-2100 M., Speisekartoffeln 2400-2600 M., Heu 100 M., Heu gepréßt 100 M., Roggenstroh gepr. 100 M., Roggenstroh gepr. 100 M., Weizenmehl (60 v.C.) 58 000 M., inll. Sac, Roggenstroh 100 v.C. inll. Sac 32 500 M., Weizenkleie 12 000 M., Roggenkleie 12 000 M. (Großhandelspreis frei Bydgoszcz.)

Bromberger Schlachthofbericht vom 18. Oktober. Geschlachtet wurden am 14. Okt.: 20 Stück Rindvieh, 19 Räuber, 45 Schweine, 30 Schafe, 1 Ziege, 2 Pferde; am 16. Okt.: 40 Stück Rindvieh, 19 Räuber, 56 Schweine, 18 Schafe, 2 Ziegen, 2 Pferde; am 17. Okt.: 28 Stück Rindvieh, 27 Räuber, 62 Schweine, 32 Schafe, 8 Ziegen, 2 Pferde.

Die am 17. Oktober notierten Großhandelspreise (im Schlachthause):

Kinderfleisch:	Schweinfleisch:
I. Al. 350-390 M.	I. Al. 850 M.
II. " 300 M.	II. " 790 M.
III. " 150 M.	III. " M.
Kalbfleisch:	Hähnchenfleisch:
I. Al. - M.	I. Al. 440-450 M.
II. " 500 M.	II. " 300-350 M.
III. " - M.	III. " 250 M.

Die getätigten Kursnotierungen der Posener Börse sind heute bis Redaktionsschluß noch nicht eingetroffen.

Die Posener Getreidebörsen notiert von jetzt ab am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend. Dienstag und Donnerstag fallen also die Notierungen aus.

Berliner Devisenkurse.

Für drählische Auszahlungen in Mark	17. Oktober		16. Oktober		Münzparität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 100 Guld.	110461,75	110138,25	111360,00	112140,00	168,74 M
Buenos Aires 1 P.-Bel.	1016,21	1018,80	1023,70	1026,30	1,78 "
Belgien . . . 10 Frs.	19874,85	19975,00	20025,00	20050,00	
Norwegen . . . 100 Kron.	52134,75	52265,25	53433,10	53566,90	112,50 "

Annoncen-Annahme

für alle in- und ausländischen Zeitungen von 7 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends auch an Sonn- und Feiertagen.

C. B.

„Express“ Gegr. 1911.

Annoncen-Expedition und Zeitungs-Groß-Vertrieb.

Tele. 800. 799. 665. Tele. 800. 799. 665.

Stühle z. Flechten Strickarbeiten

(Soden, Strümpfe, Handchuhe, Sweater)

Korbarbeiten

(Kartoffel- u. Kohlenkörbe, Mäschörbe, Kesselsörbe usw.)

Blindenheim,

ul. Rokataja (Roonstr.) 13/14. Tel. 1120.

Auf Wunsch d. Boten.

Geldmarkt

40000000 M.

Geschäfts-Grundstück

bis 40 000 000 Mark im Zentrum der Stadt, sofort gesucht. Offerten unter Nr. 159/10 an das Annoncen-Büro „Par.“, Tom. Akte., Dworcowa 18. die Geschäft. d. Zeit. erb.

Deutsches

Großunternehmen

sucht 40–60 Millionen als 1. Hypothek auf Fabrikgrundstück mit

25% Zinsen.

Evtl. auch in kleineren Summen. Offerten unter Nr. 11167 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Vertreter

für chem.-techn. Artikel für Pommern od. Polen sucht v. sofort eine eingeführte Firma in Bydgoszcz. Es wird nur eine repräsentable Kaufmannschaft gesuchte Persönlichkeit reflektiert. Geil. Bewerb. unter Nr. 15797 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Buchhalter

bilanzieller, möglichst aus der Holzbranche und jüng. Buchhalter (in)

zum baldigen Eintritt gesucht. Fritz Münchau, Dampfsgewerbe, Starogard, Pomorze. 11173

Alter Kaufmann

der poln. und deutsch. Sprache mächtig und mit allen Kontor-Arbeiten vertraut, per sofort gesucht. Offerte mit Zeugnis-Uhrchrift und Gehalts-Ansprüchen, erb. unter Nr. 15882 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Züchtige Tischlergesellen

werden eingestellt. Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20. 15377

Perfekte

Stenotypistin

gesucht für hiesige Holz-Exportfirma zu sofort. Beklebung der poln. Sprache nicht Bedingung, jedoch wird auf eine erste Kraft reflektiert, die orthographisch einwandfreies Deutsch schreibt. Offert. unter Nr. 15884 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Holzverwertungs-U.-G.

Hollandia

sucht sofort mehrere tüchtige

Regimente

gut bekannt m. all. Arbeit.

in der Rundholzbranche.

Offerten mit Angabe von

Alter, Praxis u. Referenz.

an Vertret. R. Snelblage,

Bromberg, Feldstr. 33, III.

15888

Jüngerer

Buchhalter (in)

zum sofort. Eintritt gesucht.

Bew. nebst Zeug-

nisschriften und Gehalts-

forderung sind an die

Landw.

Hauptgeschäfts-

Dworcowa 30.

zu richten. 11142

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004

11004